

EIN KRAFTAKT FÜR DAS BILDUNGSSYSTEM



**Bildung und Wirtschaftswachstum
gehen Hand in Hand.
Höchste Zeit, sich den
Herausforderungen zu stellen!**



FORSCHUNG

AIT-Geschäftsführerin über
Zusammenarbeit mit Industrie

Seite 5



OBERÖSTERREICH

Diskussion über Vermögensteuern
schadet Standort

Seite 10

JOURNALISMUSPREIS

IV zeichnet herausragenden
Wirtschaftsjournalismus aus

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Ungarn stärkt Anreize für Investoren

Kürzlich empfing das Haus der Industrie eine ungarische Delegation unter der Leitung von Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó. Im Fokus des Treffens standen die bedeutenden Anreize, die Ungarn ausländischen Investoren bietet.

Der ungarische Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó betonte seine langfristige Wirtschaftsstrategie, die er seit seinem Amtsantritt im Jahr 2010 konsequent verfolgt. Trotz der Herausforderungen durch die Covid-Pandemie hat Ungarn erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen, indem es auf Investitionen statt auf Sparmaßnahmen setzte. Szijjártó hob hervor, dass die Leistung der ungarischen Wirtschaft stark von internationalen Investitionen abhängt, was eine offene Volkswirtschaft erfordert. Besondere Beachtung erfuhr die aktuelle Energiekrise, die durch die Abhängigkeit von Importen und die geopolitischen Ent-

wicklungen verursacht wurde. Szijjártó erläuterte dabei seine pragmatische Sichtweise und betonte die Bedeutung offener Kommunikationskanäle zu Russland, insbesondere im Energiebereich.

Österreich als Schlüsselpartner ungarischer Wirtschaftsziele

Der ungarische Außen- und Handelsminister hob die enge wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Ungarn und Österreich hervor. Österreich ist der zweitgrößte ausländische Investor in Ungarn und zählt zu den wichtigsten Handelspartnern, mit einem Volumen von über 13 Milliarden Euro. Szijjártó betonte

die Senkung der „Eintrittsgebühren“ für Investoren in Ungarn, zudem werden verschiedene Anreize, darunter auch Steuervergünstigungen, je nach Entwicklungsstand der Regionen angeboten. Die Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern ausgewählter österreichischer Unternehmen im Haus der Industrie umfasste die Themen Energie, Fachkräftestrategie, Infrastrukturausbau und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe und gemeinsame Ziele

Die Begegnung im Haus der Industrie zeugte von der intensiven Zusammenarbeit

zwischen Ungarn und Österreich, die auf gemeinsamen Interessen und Zielen basiert. Die über 2.400 österreichischen Unternehmen, die aktiv zur Wirtschaft Ungarns beitragen, beweisen die bedeutende Rolle der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Der Fokus auf nachhaltiger Entwicklung, insbesondere bei umweltfreundlichen Technologien, spiegelt das Bestreben beider Länder wider, wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig Umweltbelange zu berücksichtigen. Dabei unterstrich Minister Szijjártó, dass „Green“ nicht ideologisch sei, sondern die Bewahrung von Land für kommende Generationen bedeute.

Aktuelles in Kürze

IV-Stipendium für High Potentials aus der Ukraine – jetzt bewerben!

Die IV vergibt Stipendien für MINT-Studierende aus der Ukraine, die ihr Know-how an österreichischen Schulen teilen.

Auch heuer vergibt die IV wieder drei Stipendien in der Höhe von je 6.000 Euro an besonders begabte Studierende unter 25 Jahren aus der Ukraine, die derzeit an einer österreichischen Hochschule ein MINT-Studium belegen oder einen Vorstudienlehrgang besuchen. Antragsberechtigt sind High Potentials, die bereits in ihrer Heimat mit exzellenten Ergebnissen an Wissenschaftsolympiaden teilgenommen haben und sich dazu bereit erklären, ihr MINT-Know-how im Sommer 2024 bei Workshops an österreichischen Schulen zu vermitteln.

Eine aussagekräftige Bewerbung ist ab sofort möglich!

INFORMATION



Hier finden Sie nähere Informationen zu den Rahmenbedingungen.

Kontakt für weiterführende Informationen: highpotentials@iv.at.

„Das Programm der IV für High Potentials aus der Ukraine hat mir eine großartige Möglichkeit geboten, mein Netzwerk zu erweitern und viele interessante Menschen aus der Akademie und der Industrie kennenzulernen, sowohl durch die Mitarbeit im Sommerkurs als auch durch die Teilnahme an diversen Veranstaltungen. Ich habe schon länger die Idee eines Kurses zur 3D-Modellierung entwickelt und finde es äußerst wichtig, dass wir als talentierte Studierende unsere Erfahrungen mit Schülern teilen können. Wir gelten als Vorbilder und können durch unsere Kurse Schüler dazu motivieren, sich in Zukunft für ein MINT-Studium zu entscheiden. Ich bin der IV sehr dankbar, dass sie dieses Programm ins Leben gerufen hat und somit die vertriebenen ukrainischen Studierenden finanziell und ideell unterstützt.“

Yurij Chubenko, Stipendiat aus dem Jahr 2023



IV-Journalismuspreis startet

Die Industriellenvereinigung setzt mit dem Start des „Journalismuspreises der Industrie“ ein Zeichen für Qualität und Relevanz im Wirtschaftsjournalismus.

Der Journalismuspreis der Industrie soll herausragende Leistungen in verschiedenen Kategorien würdigen, darunter Print, Online & Interview, TV & Radio, International und Newcomer.

Hervorzuheben ist der „Milan Frühbauer-Preis“, der die Wirtschaftsjournalistin oder den Wirtschaftsjournalisten des Jahres auszeichnet und an den Wegbereiter Milan Frühbauer erinnert, der die Kommunikationsarbeit der IV maßgeblich geprägt hat. „Er hat mit seinem Blick für das Wesentliche, der Kunst, wirtschaftliche Zusammenhänge hochpräzise und verständlich darzustellen, und seinem unvergleichlichen Sinn für Humor die Arbeit der IV von 1972 bis 1999 stark mitgeprägt“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Die Jury besteht aus Monika Rosen, Börsenexperten und Vizepräsidentin der

Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft, Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, Ivo Mijnsen (Präsident Verband der Auslandspresse in Wien), Christoph Neumayer, IV-Chefökonom Christian Helmenstein und Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter Strategie & Kommunikation.

Mit dem Journalismuspreis der Industrie will die IV ihr Engagement für eine objektive und präzise Wirtschaftsberichterstattung unterstreichen und ermutigt Redaktionen sowie freie Journalistinnen und Journalisten zur Einreichung ihrer Arbeiten. Die feierliche Preisverleihung wird im April stattfinden.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter journalismuspreis.at.

Frauen in Aufsichtsräten

Der zweite Jahrgang des IV-Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“ ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Mit dem Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ setzt sich die Industriellenvereinigung gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Arbeit ABZ* Austria für mehr Diversität in dem wichtigen Kontrollgremium in Unternehmen ein. Das Programm richtet sich an Frauen, die fachlich alle Voraussetzungen für eine Aufsichtsrats Tätigkeit mitbringen, und unterstützt sie beim letzten Schritt hin

zu einem Mandat. Mit der feierlichen Zertifikatsverleihung im Haus der Industrie ist der mittlerweile zweite Durchgang für insgesamt 26 Sparring-Tandems, also 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zu Ende gegangen. Am Tag nach der Verleihung fand wie bereits im Jahr davor der Aufsichtsratsratstag an der WU Wien statt. Der nächste Durchgang des Sparringprogramms ist bereits in Vorbereitung.



WEBTIPP

sparringprogramm.at



Es ist Zeit, den moralischen Zeigefinger zu senken

Statt sich unangenehmen wirtschaftspolitischen Wahrheiten zu stellen, versucht sich die Europäische Union als Weltverbesserer und will dazu Unternehmen instrumentalisieren. Höchste Zeit für einen Richtungswechsel.



Unternehmerische Freiheit und ökonomische Offenheit wachstumsstarken Wirtschaftsräumen gegenüber: Das ist das bewährte Rezept, um aus ökonomisch schwierigen Zeiten zu gelangen. Dass wir uns in Österreich, in Deutschland, in Europa in solchen befinden, wird wohl niemand mehr bezweifeln – statt sich allerdings an marktwirtschaftlichen Grundsätzen als Garant für Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit zu orientieren, feiert die Europäische Union offenbar hauptsächlich eine Lockerung der Subventionsregeln. Unser Wettbewerbsnachteil liegt aber nicht in einem Mangel an öffentlichen Geldern.

Die drei Säulen, auf die sich die EU lange verlassen hat, sind mehr als nur ins

Wanken geraten: günstige und sichere Energieversorgung, gewinnbringende Exporte nach China und Asien sowie sicherheitspolitische Rückendeckung durch die USA. Statt sich diesen Wahrheiten zu stellen, etwa durch eine gemeinsame europäische Energiepolitik, die Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion und die Stärkung (wirtschaftlicher) Beziehungen zu aufstrebenden Weltregionen, gibt die EU den weltverbessernden Oberlehrer. Das hätte kaum deutlicher werden können als durch die Lieferkettenregelung, die im letzten Anlauf zurecht verschoben wurde. Wortwörtlich kündigte die EU-Kommission an, per Gesetz „die Achtung der Menschenrechte in globalen Lieferketten“ verankern zu wollen. Zuständig dafür sollen europäische Unternehmen sein, die künftig offenbar EU-Gesetze in fernen

Ländern durchsetzen müssen, weil sich die EU-Politik nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen kann. Sollte sie auch nicht – genauso wenig wie Unternehmen.

Während die USA und China mit unterschiedlichen, aber höchst wirksamen Mitteln um die Führungsrolle in allen wesentlichen Bereichen der Weltwirtschaft ringen, zieht die EU den Wirtschaftsstandort Europa mit besten Vorsätzen in die Bedeutungslosigkeit. Dass jene europäischen Unternehmen, die es kraft ihrer internationalen Produktionsstandorte können, dann woanders investieren, liegt auf der Hand und passiert längst – ohne darüber besonders laut zu sprechen. Es ist Zeit, den moralischen Zeigefinger auf der Weltbühne einzufahren und einen

wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der Europa wieder auf ökonomische Augenhöhe bringt: regulatorische Belastungen abbauen, in Innovation investieren und globale Partnerschaften stärken. Die EU steht wirtschafts- und sicherheitspolitisch an der Kippe – dabei ist die wirtschaftliche Kraft die größte und letzte verbliebene Stärke des kleinteiligen Europas. Es ist Zeit für eine Weichenstellung, die die EU diesem Anspruch wieder gerecht werden lässt.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Die wirtschaftliche Flaute im vergangenen Jahr führte zu einem merklichen Rückgang der offenen Stellen. Viele Industriebetriebe haben ihre Produktion zurückgefahren, was sich nicht nur in seit Monaten wieder ansteigenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch in einem Rückgang der offenen

Stellen niederschlägt. Eine Auswertung der Statistik Austria bestätigt dies: Im Jahresdurchschnitt 2023 sank die Gesamtzahl der offenen Stellen im Vergleich zu 2022 um 10,4 Prozent. Der stärkste Rückgang war im Dienstleistungsbereich (minus 10,9 Prozent) und im produzierenden Bereich

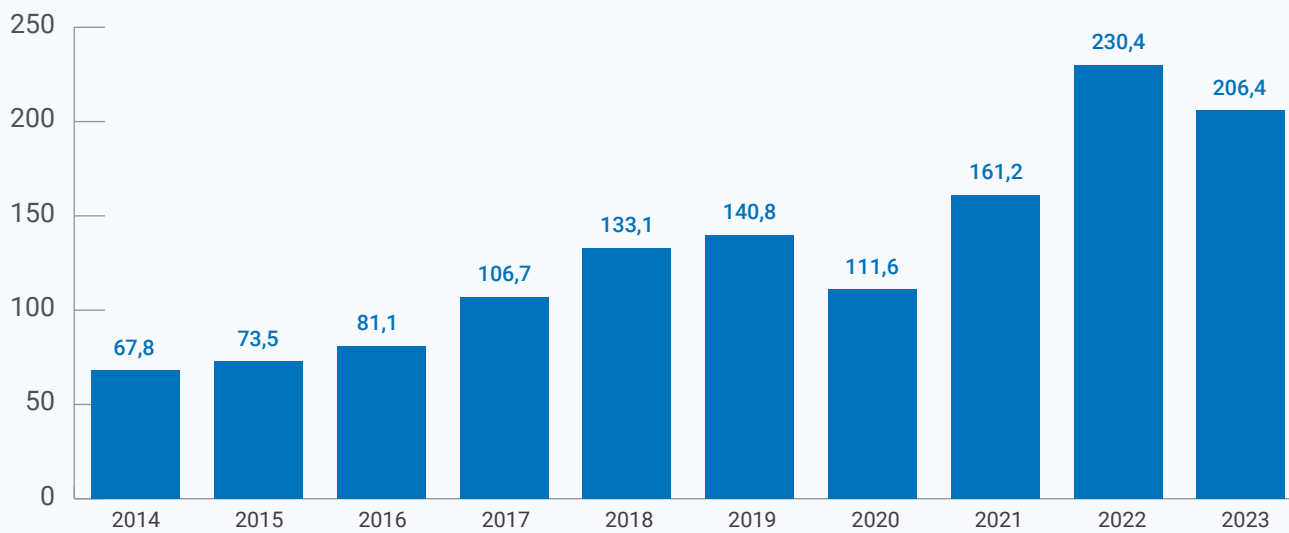
(minus 18,7 Prozent) zu verzeichnen. Letzteres ist hauptsächlich auf die rezessive wirtschaftliche Situation in der Industrie zurückzuführen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass Betriebe ihre Produktion aufgrund hoher (Personal-)Kosten zunehmend ins Ausland verlagern werden.

Zahl des Monats

7,4 %

Die Treibhausgas-Emissionen in Österreich und der EU sanken 2023 um etwa sieben Prozent. Das liegt aber nicht nur am Erneuerbaren-Ausbau, sondern auch am wirtschaftlichen Abschwung. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass ein solcher Rückgang langfristige negative Auswirkungen auf die Finanzierung des Staats und der Sozialsysteme haben kann, wie Ökonomin Monika Köppl-Turyna von EcoAustria betont. Eine von der IV in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass ein starkes Wirtschaftswachstum notwendig ist, um die Klimaziele zu erreichen. Um Klimaneutralität zu erlangen, sollte das Wirtschaftswachstum mindestens 4,3 Prozent jährlich betragen; bis 2040 sogar 7,4 Prozent. Köppl-Turyna argumentiert, dass eine Entkopplung von Emissionen und Wachstum möglich ist. So seien die Emissionen in Österreich von 2005 bis 2022 um 22 Prozent gesunken, das Bruttoinlandsprodukt real aber um ein Viertel gewachsen.

Jahresdurchschnitt der offenen Stellen 2014 bis 2023



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/HTL Pinkafeld, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Palfinger, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Electro Terminal, IV-Vorarlberg/VLK Serra, IV-Wien/Benedict von Loebell

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Österreichische Biosolutions in Brüssel

In Brüssel fand der erste European High-Level Summit zu Biosolutions statt – österreichische Unternehmen zählen in diesem Sektor zur Weltspitze.

Am 21. Februar ging der erste European High-Level Summit zum Thema Biosolutions unter österreichischer Beteiligung über die Bühne. Der Terminus Biosolutions steht für Produkte aus industrieller Produktion auf Basis biologischer, nachwachsender Rohstoffe – von Enzymen, Bakterien und Mikroorganismen bis hin zu pflanzenbasierten Produkten und Biofuels.

Österreich an der Weltspitze

Österreich ist hier mit einer Vielzahl an Unternehmen im Biosolutions-Sektor in der absoluten Weltspitze vertreten. Hannes Winkelbauer, CEO von Iprona Güssing, und Harald Sigl von der Münzer Bioindustrie GmbH präsentierten im Österreich-Pitch auf der Bühne innovative Produkte ihrer Unternehmen und machten auf regulatorische Hürden aufmerksam. Von Novel-Food-Prozessen

über Upcycling-Projekte bis hin zu besseren Rahmenbedingungen in der EU in Sachen Biofuels gelte es, zahlreiche Verbesserungen zu forcieren, so die beiden Unternehmensvertreter.

Die Industriellenvereinigung hebt gemeinsam mit anderen europäischen Industrieverbänden als European Biosolutions Coalition die Bedeutung dieses Industriesektors hervor und zeigt

Hürden auf – Lösungsvorschläge inklusive. Insbesondere die Regulatorik und Zulassungsprozesse hinken anderen Weltregionen stark hinterher. Europa ist zu langsam und zu bürokratisch, wenn es darum geht, innovative Produkte auf den Markt zu bringen. Um dieser Tatsache entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission für März eine eigene „Biotech and Biomanufacturing Initiative“ angekündigt.



V.l.: Harald Sigl (Münzer Bioindustrie GmbH), Valerie Gruber (IV), Gernot Haas (IV), Hannes Winkelbauer (Iprona Güssing), Walter Sattlberger (Münzer Bioindustrie GmbH), Maximilian Mauthe (IV).



Harald Sigl von Münzer Bioindustrie.

Expertenmeinung von SOPHIA YEHDEGHO & MAXIMILIAN MAUTHE

EU-Klimaziel: Verschärfung sendet falsches Signal für europäischen Standort

Je ambitionierter die Klimaziele, desto umfassender müssen die europäische Industriepolitik und die damit einhergehenden Maßnahmen sein – wovon bei der bisherigen Umsetzung des Green Deals nicht die Rede sein konnte.

Wenige Monate vor der EU-Wahl präsentierte die noch amtierende Europäische Kommission am 6. Februar ein neues Klimaziel-Communiqué. Die EU-Kommission schlägt hierbei eine substantielle Verschärfung vor und möchte die Reduktion von Treibhausgasemissionen um 90 % bis zum Jahr 2040 gegenüber 1990 festschreiben. Die Kommunikation und das knapp 600-seitige Impact Assessment werfen jedoch aus Sicht der Industrie mehr Fragen auf, als sie zu beantworten vermögen.

Besonders aus österreichischer Sicht ist dieses Ziel insofern deutlich zu hinterfragen, als Österreich bereits von der Erreichung des bestehenden Ziels bis 2030 meilenweit entfernt ist. So weist der Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP), in dem die Summe aller klima- und energiepolitischen Maßnahmen abgebildet ist, gegenüber dem nationalen Ziel von minus 48 % bis 2030 (gegenüber 2005) ein Defizit von 13 Prozentpunkten auf. Auch gesamt-europäisch ist es höchst fragwürdig, ob das Ziel bis 2030 erreicht

werden kann – trotz Pandemie und der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation in vielen EU-Mitgliedsstaaten.

Darüber hinaus steht der europäische Standort aktuell enorm unter Druck und die zu Ende gehende Kommissionsperiode hat auf Grundlage des Green Deals vor allem eines gebracht: mehr Bürokratie und weniger Wettbewerbsfähigkeit. Alleine in den letzten fünf Jahren wurden über 800 Gesetze, Richtlinien und Vorschriften beschlossen – das sind 5000 Seiten Bürokratie. Die Ankündigung seitens der Europäischen Kommission sollte daher zum Anlass genommen werden, ein Jahrzehnt des Bürokratieabbaus einzuleiten, die Umsetzung all dieser Vorschriften zu ermöglichen und klimapolitische Ansätze auf ihre Effektivität zu evaluieren, um den europäischen Standort zu entlasten und ambitionierte Klimaziele 2030, 2040 und 2050 überhaupt erreichen zu können. Stattdessen wird diese neue Zielverschärfung erneut erhebliche Auswirkungen auf sämtliche Subziele und Maßnahmen mit entsprechenden neuen (!) Vorgaben für sämtliche Sektoren der Volkswirtschaft haben (Emissionshandels-RL, Energieeffizienz-RL, Erneuerbare-Energie-RL, Lastenteilungs-VO etc.). Aus

IV-Sicht erhöht sich damit der Druck auf den Standort Europa, insbesondere auf die energieintensive Industrie, und verstärkt die damit verbundene Gefahr von Carbon und Investment Leakage zusehends.

Die europäische Klimapolitik muss von einer ehrgeizigen Industriepolitik begleitet werden, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit am europäischen Standort auf dem Weg zur Klimaneutralität und darüber hinaus gewahrt wird. Je ambitionierter die Klimaziele, desto umfassender müssen die europäische Industriepolitik und die damit einhergehenden Maßnahmen sein, wovon bei der bisherigen Umsetzung des Green Deals nicht die Rede sein konnte. Wirksamer Klimaschutz bedingt die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit.

Statt stets neuer ambitionierter Ziele braucht es vielmehr ein Bürokratienormatorium und konkrete Strategien, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Europa zu stärken. Nur so wird die Transformation gelingen und Europa weiter eine globale Vorreiterrolle einnehmen können. Andernfalls drohen wir weiter ins Hintertreffen zu geraten – zum Leidwesen von Wohlstand und globalem Klima.



AIT-Geschäftsführerin: „Zusammenarbeit mit Industrie für Forschung unerlässlich“

Brigitte Bach leitet gemeinsam mit Alexander Svejkovsky und Andreas Kugi in einer Dreier-Geschäftsführung als Sprecherin die Geschicke des AIT Austrian Institute of Technology. Im Interview spricht sie über die geplanten Schwerpunkte der kommenden Jahre und über die Zusammenarbeit mit der Industrie.



Die Physikerin Brigitte Bach komplettiert seit 2023 die Geschäftsführung des AIT, die sie mit Alexander Svejkovsky (l.) und Andreas Kugi innehat.

Welche Schwerpunkte hat sich die neue Geschäftsführung der größten außer-universitären Forschungseinrichtung Österreichs für die kommenden Jahre gesetzt?

Brigitte Bach: Im Fokus der neuen Geschäftsführung des AIT, das sind neben mir Andreas Kugi und Alexander Svejkovsky, steht die Weiterentwicklung der Forschung auf ein neues Level der Wirksamkeit. In unseren strategischen Prioritäten „Nachhaltige und resiliente Infrastrukturen“ sowie „Digitalisierung für Industrie und Gesellschaft“ setzen wir ambitionierte Ziele. Unsere Initiativen umfassen Investitionen in einzigartige Forschungsinfrastrukturen und die Initiierung von Leuchtturmprojekten. Diese Projekte zeichnen sich durch ihre interdisziplinäre Zusammenarbeit aus und erforschen unter anderem KI-gestützte Automatisierungsverfahren und innovative Mensch-Maschine-Interfaces. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, setzen wir auf ein Team aus den besten internationalen

Talenten, wobei Diversität und Internationalität für uns von zentraler Bedeutung sind. Ein Schlüsselement unserer Strategie ist die intensive Nutzung künstlicher Intelligenz, der wir durch die von Professor Kugi gegründete AIT AI Task Force besondere Aufmerksamkeit widmen.

Das AIT versteht sich als Akteur für eine gesamtheitliche Systemtransformation – welche Herausforderungen sehen Sie für die Industrie, um die digitale und grüne Transformation erfolgreich zu schaffen und gleichzeitig ihre technologische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern?

Die Herausforderungen der „Triple Transition“ – ökologisch, digital und human – erfordern einen umfassenden Ansatz, der alle Phasen des Transformationszyklus berücksichtigt. Dies umfasst den Aufbau von Systemwissen, die Entwicklung strategischer Szenarien, die Technologieentwicklung sowie die Etablierung von Prototypen und Demonstratoren bis hin zum Scaling-up. Unser Ansatz zielt darauf ab, die Industrie

nicht nur durch diese Herausforderungen zu navigieren, sondern auch gestärkt aus ihnen hervorzugehen.

Das AIT betreibt exzellente angewandte Forschung und arbeitet dabei eng mit der Industrie zusammen – was funktioniert dabei gut und wie könnten diese Kooperationen weiter gestärkt werden?

Die enge Zusammenarbeit mit der Industrie ist ein wesentlicher Faktor unseres Erfolgs. Die Arbeit von Andreas Kugi – am AIT und auch an der TU Wien – illustriert exemplarisch, wie eine erfolgreiche Implementierung von der Grundlagenforschung bis hin zur industriellen Umsetzung im Bereich der Automatisierung aussehen kann. Die Projekte im Rahmen des Innovationsverbunds NEFI – New Energy for Industry zeigen zudem, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie von Beginn eines Forschungsvorhabens an unerlässlich ist, um Innovationen erfolgreich zu implementieren. So können Lösungen gefunden werden, die die Effizienz steigern und Kosten senken – und damit Unternehmen und den Standort Österreich wettbewerbsfähiger machen.

Das AIT ist Top-Performer im bzw. wichtiger Türöffner für das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Was ist aus Ihrer Sicht besonders wichtig für das bereits in Diskussion befindliche künftige Forschungsrahmenprogramm FP10?

Im laufenden EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe ist das AIT in Österreich unter den Top-Three-Einwerbern von Fördermitteln – zusammen mit der Universität Wien und der TU Wien. Für die Weiterentwicklung des

EU-Programms ist in unseren Augen neben Budgetaufstockung und Verwaltungsvereinfachungen wichtig, dass der gesamte Transformationszyklus abgebildet sein sollte. Das betrifft insbesondere die Etablierung neuer Pilot- und Demonstrationsprojekte. Zudem sehen wir, dass eine bessere Koordinierung der Forschungspolitik mit anderen sektoralen Politiken, etwa Industrie- oder Standortpolitik, erforderlich ist.

Die Technologiegespräche des AIT finden heuer erstmals in Wien statt – was erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer?

Nach 40 erfolgreichen Jahren im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach erfinden sich die Technologiegespräche heuer neu: Die neuen „Technology Talks Austria“ finden am 12./13. September 2024 im Wiener Museumsquartier statt, back-to-back mit dem FFG-Forum. In den Folgejahren sind sie jeweils im Herbst rotierend auch in anderen zentralen Orten Österreichs geplant. Mit stark internationalem und europäischem Fokus und einem innovativen Mix an spannenden Formaten wollen wir Technologietrends diskutieren und aktuelle Fragen der FTI-Policy erörtern. 2024 steht die Rolle von Forschung, Technologie und Innovation für die „Triple Transition“ in Zentrum. Darauf aufbauend werden Implikationen für die internationale, europäische und österreichische FTI-Politik gezogen.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter www.technologytalks.ait.ac.at.

QCI Days 2024: Quantentechnologie in Österreich und Europa

Im Haus der Industrie fand eine der wichtigsten Veranstaltungen zur Quantenkommunikation in Europa statt – auch Cybersecurity war dabei ein zentrales Thema.

Die technologische Souveränität in den Schlüsseltechnologien der Zukunft ist in Österreich und Europa zuletzt besonders in den Fokus gerückt. Die Quantentechnologie ist eine dieser strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien. Eine zukünftige Herausforderung ist die quantensichere Kommunikation, und ein wichtiger Baustein ist dabei der Aufbau eines europäischen Kommunikationsnetzes auf Basis von Quantenverschlüsselungsmethoden (QCI).

Von 24. bis 26. Jänner war daher die europäische Quantenkommunikations-Community bei den QCI Days im Haus der Industrie. Die Veranstaltung mit 350 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde im Kontext des vom AIT

koordinierten EU-Projekts QCI-CAT organisiert und von Christoph Neumayer (IV), Georg Niklfeld (FFG) und Andreas Kugi (AIT) eröffnet. Am ersten Tag erhielten österreichische Stakeholderinnen und Stakeholder aus den Bereichen öffentliche Hand, Industrie und Forschung umfangreiche Informationen zu Europas Strategie zum Aufbau des Quantenkommunikationsnetzwerks und den damit verbundenen Chancen, die sich für den österreichischen Wirtschaftsstandort ergeben.

Cybersecurity

Von besonderer Bedeutung sind die neuen Quanten-Sicherheitstechnologien für die Gestaltung der digitalen Souveränität in Europa. Daher lag der Fokus auf dem Einsatz von Quantentechnologien und den Herausforderungen an die Cybersecurity

im Quantenzeitalter. Hierzu gab es einen Austausch von Erfahrungen und Best Practices und die Vorstellung von echten Use Cases und Anwendungsszenarien rund um die Absicherung unserer Daten durch den Einsatz von Quantenkommunikationstechnologien. Zudem gab es einen Überblick über die neuesten Entwicklungen der Produktportfolios europäischer Hersteller und Zulieferer für die terrestrische und satellitenbasierte Quantenverschlüsselung. Zentral ist, dass sich Unternehmen und die öffentliche Hand bereits heute auf diese zukünftigen Herausforderungen vorbereiten.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter qci-cat.at.

EIN KRAFTAKT FÜR DAS BILDUNGSSYSTEM

Unter dem Schlagwort „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ hat die Industriellenvereinigung ein Programm vorgelegt, das konkrete Maßnahmen für ein zukunftsfittes Bildungssystem vorschlägt.

Bildung und Wirtschaftswachstum stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Länder, die in Bildung investieren, profitieren nachweisbar von einer höheren Produktivität. Laut dem führenden deutschen Bildungsökonom Ludger Wößmann würde eine Verbesserung der PISA-Leistung um 25 Punkte das deutsche Wirtschaftswachstum bis 2100 um 7,3 Prozent steigern. Bildung ist also der Schlüssel für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Das österreichische Bildungssystem steht allerdings vor zahlreichen Herausforderungen und es braucht einen Kraftakt, um einen nachhaltigen Wandel herbeizuführen. Die Industriellenvereinigung hat unter dem Titel „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ ein umfassendes Programm erarbeitet. Darin werden konkrete Ziele und Maßnahmen für die Bereiche Elementarbildung, Schulbildung, Sekundarstufe II sowie HTL, aber auch für Fort- und Weiterbildung und Hochschulentwicklung vorgeschlagen.

Innovation durch Bildung

65 Prozent der Kinder, die derzeit in die Schule gehen, werden in Jobs arbeiten, die es heute noch nicht gibt – und sie werden gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen müssen, die wir uns noch nicht vorstellen können, und dafür Technologien verwenden, die noch nicht erfunden wurden. Es liegt in der Verantwortung des Bildungssystems, Kinder und Jugendliche schon jetzt mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten und damit die Innovationsfähigkeit des Landes zu stärken. Grundsätzlich gilt: Je höher der Bildungsabschluss ist, desto höher ist das Lebensinkommen. Auch das Risiko, arbeitslos zu werden, sinkt mit höherer Bildung nachweisbar deutlich: Die höchste Arbeitslosenrate, rund 30 Prozent, weisen derzeit jene Menschen auf, die nur einen Pflichtschulabschluss besitzen und eine nicht deutsche Erstsprache haben.

Die Herausforderungen

Mangelnde Grundkompetenzen, v.a. in Deutsch, Mathematik und Englisch, erschweren den Einstieg in die nächste Bildungsphase. Österreich investiert etwa 0,7 Prozent des BIP in die Elementarbildung und liegt damit unter dem OECD-Durchschnitt. Vergleichbare Staaten in Europa investieren zwei Prozent des BIP in die frühkindliche Bildung – die Investitionen fehlen in der Qualität der Elementarbildungseinrichtungen.

Der anhaltende Abwärtstrend der PISA-Ergebnisse, insbesondere im Haupttestgebiet Mathematik, zeigt eine alarmierende Entwicklung im österreichischen Bildungswesen auf. Der Rückgang von 499 Punkten im Jahr 2018 auf 487 Punkte im Jahr 2022 – und das trotz beachtlicher finanzieller Zuwendungen (Pro-Kopf-Ausgaben von 14.110 Euro im Vergleich zum OECD-Schnitt von 10.670 Euro im Jahr 2020!) – gibt Anlass zur Sorge und erfordert eine tiefgreifende Analyse der bildungspolitischen Maßnahmen. Trotz erheblicher Investitionen in das österreichische Schulsystem bleiben die erzielten Resultate also hinter den Erwartungen zurück. Vergleichbare OECD-Staaten wie z.B. Finnland oder Estland setzen die finanziellen Mittel für Bildung deutlich effizienter ein.

Mangelnde Bildung führt zu einer geringeren Teilhabe am technischen Fortschritt und Volkswirtschaften erleben Rückschritte in sozialer, demokratischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das führt auch dazu, dass viele Betriebe keine passenden Lehrlinge finden – 80 Prozent

der Unternehmerinnen und Unternehmer sehen die zu geringe Zahl an qualifizierten Bewerbungen als aktuelle Herausforderung für das Ausbilden von Lehrlingen in ihrem Betrieb. Insbesondere die mangelnde allgemeine Ausbildungsreife und an erster Stelle die unzureichenden Mathematikkenntnisse der Jugendlichen wurden besonders hervorgehoben.

Zudem folgt die Bildungs- und Berufswahl in Österreich immer noch stark den traditionellen Rollenbildern. Entsprechend gering ist daher der Anteil an Frauen in technischen und informatischen Berufen. Um das zu ändern, bedarf es einer frühen und vor allem kontinuierlichen beratenden Begleitung während der gesamten Bildungslaufbahn.



Hier geht's zum Download der Broschüren „Beste Bildung“

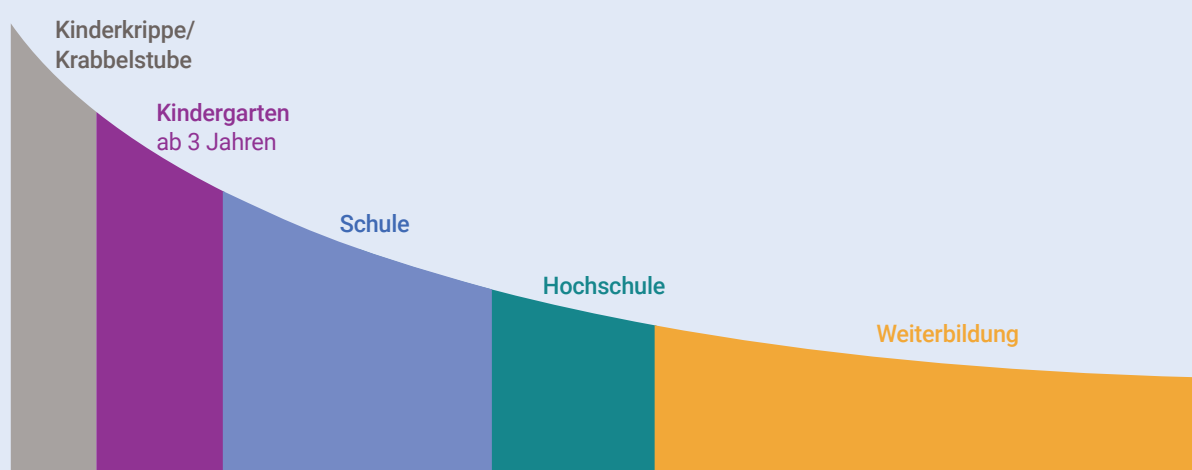


AMS-Vorstand Johannes Kopf.



IV-Vize-Generalsekretärin Claudia Mischensky bei der Präsentation des „Beste Bildung“-Programms.

ROI (Return on Investment) zusätzlicher Bildungsinvestitionen



Quelle: James J. Heckman; heckmanequation.org

5 MASSNAHMEN FÜR EIN ZUKUNFTSORIENTIERTES BILDUNGSSYSTEM

Grundbildung als Fundament für erfolgreiche Bildungs- und Berufskarrieren

Qualitätsvolle Grundbildung beginnt im Kindergarten und ist die Basis für alle weiteren Bildungs- und Berufswege. Es braucht daher aus Sicht der IV dringend eine Offensive für qualitative Grundbildung, die die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ins Zentrum stellt.

Mittels der Entwicklung eines individuellen Stärkenportfolios können künftig besondere schulische Leistungen wie auch außerschulische Erfolge, Interessen und Stärken

hervorgehoben werden. Das Portfolio soll den Schülerinnen und Schülern als Unterstützung bei der Wahl ihres weiterführenden Bildungs- und Berufswegs dienen und den aufnehmenden Institutionen bzw. Ausbildungsbetrieben ein besseres Bild der Bewerberinnen und Bewerber ermöglichen.

Als formaler Endpunkt einer Bildungspflicht ist aus Sicht der IV ein zertifizierter Abschluss vorzusehen, der eine hohe Aussagekraft zum Wissens- und Kompetenzerwerb besitzt.

Evaluierung des Schulsystems für Transparenz und mehr Leistungsfähigkeit

Die IV schlägt vor, dass mittels regelmäßiger und verpflichtender Evaluierungen des Schulsystems bzw. jedes Schulstandorts mit bereits vorhandenen Daten konkrete Strategien, Ziele und Maßnahmen für die kommenden Jahre entwickelt werden. Dadurch können Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden, wo sie wirklich benötigt werden. Besonders erfolgreiche Schulstandorte könnten als „Best Practice“ dienen und anderen Schulen gegenüber als Impulsgeber fungieren.

Ein entscheidender Schritt in diese Richtung ist die Schaffung eines fairen

Evaluierungssystems, das auf einem nachvollziehbaren Kriterienkatalog basiert. Dieses System soll langfristig die Qualitätssicherung im Bildungsbereich steigern, was allen Beteiligten, einschließlich Schülern und Lehrkräften, zugutekommen würde.

Die notwendigen Daten für eine umfassende Evaluierung werden bereits von der Statistik Austria erfasst und sind verfügbar. Zudem wird beispielsweise bereits seit 2012 eine Verschneidung von Arbeitsmarkt- und Bildungsdaten durchgeführt – der flächendeckende Einsatz dieser Daten bleibt aber bisher minimal.

Früh investieren: Kindergarten als Schlüssel für langfristige Bildungserfolge

Der vielfache Mehrwert frühkindlicher Bildung in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht ist mehrfach empirisch belegt. Die notwendigen Investitionen in den Ausbau hochwertiger Elementarbildungseinrichtungen rentieren sich nach konservativen Berechnungen mindestens um das Achtfache und können mit späteren Maßnahmen nicht erreicht werden.

Dieser Mehrwert äußert sich beispielsweise in der Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten, in der Lernbereitschaft und Lernfreude, im Schulerfolg und im Sozialverhalten. Kinder, die Elementarbildungseinrichtungen besucht haben, erzielen bei PISA-Testungen regelmäßig eine höhere Punktezahl in Lesekompetenz und Rechnen. Langfristig betrachtet können volkswirtschaftliche Effekte wie höhere Beschäftigungsquoten und Steuerleistungen, niedrigere

Kriminalitätsraten sowie bessere Gesundheitswerte beobachtet werden.

Die Forschung zeigt, dass sich Investitionen in den Kindergarten und frühkindliche Bildung langfristig auszahlen (siehe Grafik zur Hackman Curve li.). Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sollen künftig aus Sicht der IV sicherstellen, dass jedes Kind die bestmöglichen Startvoraussetzungen erhält. Gleichzeitig strebt die IV eine Qualitätssicherung in der Elementarbildung an.

Pädagogische Qualität soll in den Strukturbedingungen wie Personal-Kind-Schlüssel, der räumlich-materiellen Ausstattung für Kinder, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Qualifikation des Personals sichtbar werden. Außerdem ist die Qualität der Ausbildung bundesweit anzuheben.

Grundkompetenzen zu Arbeitsmarktkompetenzen weiterentwickeln

Erst auf Basis einer qualitativ vollen Grundbildung gelingt das, was im ureigensten Interesse der Industrie ist: jene Kompetenzen auszubilden, die unmittelbar in den Unternehmen nachgefragt werden. Dies geschieht in Österreich in erster Linie im Rahmen der beruflichen Bildung.

Gerade bei der betrieblichen Lehre gilt es, Hürden zu beseitigen, die ihr Image weiterhin beeinträchtigen, wie z.B. eine relativ unstrukturierte Einstiegsphase oder wenig bekannte Weiterbildungsmöglichkeiten nach Abschluss einer Lehre. Die Bedeutung des Standort-Assets HTL gehört mehr in den Fokus gerückt – sie muss unbedingt Teil einer MINT-Ausbaustrategie sein.

Im hoch qualifizierten Bereich gilt es insbesondere für die Hochschulen, z.B. einerseits ein österreichweites, maßgeschneidertes, strategisch kluges MINT-Maßnahmenbündel zu

schnüren, andererseits Studienpläne auf deren Arbeitsmarktfähigkeit hin abzuklopfen.

Konkret könnte man finanzielle Anreize setzen, um das Interesse an besonders arbeitsmarktrelevanten Studien zu erhöhen, den Ausbau von MINT-Studienplätzen an den Fachhochschulen vorantreiben und Drop-out-Quoten in den universitären MINT-Fächern verringern.

Doch die großen technologischen Herausforderungen unserer Zeit verlangen mehr denn je nach dem sprichwörtlichen „lebenslangen Lernen“. Für die Vermittlung beruflicher Kompetenzen auf allen Ebenen braucht es klare Analysen und Empfehlungen dazu, in welche Richtung das Kompetenzangebot Österreichs weiterentwickelt werden soll, z.B. durch einen jährlichen Skills-Bericht einer neu einzurichtenden „Skills-Agency“.

Skills am Puls der Zeit vermitteln

In der modernen Gesellschaft und Arbeitswelt braucht es ein grundsätzliches Verständnis eines Growth Mindsets bzw. dynamischen Selbstbilds. Perspektivenvielfalt und Vernetzung schaffen die Basis für lebenslanges Lernen, das eine weiterführende, individuelle Spezialisierung ermöglicht. Die Schülerinnen und Schüler wünschen sich selbst bessere Vorbereitung auf das Leben, etwa durch mehr Wirtschaftsbildung und mehr Unterstützung bei der Gestaltung ihres persönlichen Bildungs- bzw. Berufswegs.

Im Hochschulkontext verhilft challenge-based Learning zu mehr

Arbeitsmarktnähe, indem Praxisprojekte systematisch in die Lehre und Forschung integriert werden. Partizipative Formate (Co-Creation Labs, Innovation Hubs) befördern interdisziplinäres Denken, Kooperationsfähigkeit und die in Zeiten der digitalen Transformation mehr denn je notwendige Fähigkeit des Übersetzens zwischen den Welten der Expertinnen und Experten.

Ziel ist, durch eine gute Job Readiness die Arbeitsmarktchancen der Graduierten zu optimieren und den österreichischen Wirtschaftsstandort abzusichern.



Bei der Podiumsdiskussion zum Bildungssystem (v.l.): Johannes Kopf (AMS), Doris Wagner (BMBWF), Doris Pflingstner (Modulare Mittelschule Aspern), Nikolaus Griller (Stiftung Wirtschaftsbildung; GG Group), Gudrun Feucht (IV) und Jeannine Hierländer („Die Presse“).

Austausch: Cybersicherheits-Richtlinie wird auf Industrie ausgeweitet

Im Haus der Industrie fand ein exklusiver Austausch zwischen Industrie und Experten zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie statt. Es braucht ein praxisorientiertes Gesetz ohne überbordende Bürokratie.

Die NIS-2-Richtlinie, auch Cybersicherheits-Richtlinie, soll in der EU die Resilienz und die Reaktionen des öffentlichen und des privaten Sektors bei Sicherheitsvorfällen verbessern. Der bisherige Anwendungsbereich der NIS-Richtlinie nach Sektoren wird mit NIS 2 auf einen weit größeren Teil der Industrie und Wirtschaft ausgeweitet, um eine umfassende Abdeckung der Sektoren und Dienste zu gewährleisten, die im Binnenmarkt für grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeiten von entscheidender Bedeutung sind. Schätzungen zufolge betrifft die Umsetzung, die bis Oktober 2024 erfolgen muss, zumin-

dest 4.000 österreichische Unternehmen, Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts sowie Vereine. Betroffene Einrichtungen müssen geeignete Risikomanagementmaßnahmen für die Sicherheit ihrer Netz- und Informationssysteme treffen und unterliegen Meldepflichten.

Das Innenministerium und die Industriellenvereinigung haben im Dezember 2023 gemeinsam einen Beteiligungsprozess zur nationalen Umsetzung der NIS-2-Richtlinie gestartet. Um zukünftig die Widerstandsfähigkeit im Cyberbereich zu erhöhen, die Reaktionszeit auf Cyberangriffe zu verkürzen und verpflichtende Standards für Sicherheitsvorkehrungen zu

ermöglichen, wurde mit der NIS-2-Richtlinie eine europäische Grundlage geschaffen. Nun erfolgte im Haus der Industrie Ende Jänner ein erster Austausch zwischen Vertretern der Industrie und Cybersicherheitsexperten, um die nationale Umsetzung der Richtlinie zu behandeln. Durch die Einbindung der Industrie wird angestrebt, das neue Gesetz praxisorientiert und ohne überbordenden Bürokratieaufwand zu gestalten.

„Die österreichischen Industriebetriebe haben in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt bedingt durch die Coronapandemie, einen bedeutenden Digitalisierungsschub erlebt. Gleichzeitig gibt es Studien, die

bestätigen, dass Unternehmen, die digitalisiert sind, erheblich profitieren. Was es jetzt braucht, ist Sicherheit für unsere heimischen Unternehmen durch eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen privaten und staatlichen Stakeholdern im Kampf gegen Cyberkriminalität“, so Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

„Der Dialogprozess ist eine Möglichkeit für die Unternehmerinnen und Unternehmer, konstruktiv und nachhaltig mitzugestalten. Die Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit können nur gemeinsam und in enger Abstimmung gelöst werden“, führte Innenminister Gerhard Karner aus.

Seiner Zeit voraus oder bereits überholt? Das Gesetz über künstliche Intelligenz

Bereits seit drei Jahren feilt die EU an Regeln für künstliche Intelligenz. Was erwartet Unternehmen, wenn das KI-Gesetz – voraussichtlich im Herbst – in Kraft tritt?

Kaum ein Gesetz zur Regelung des digitalen Raums hat in letzter Zeit so viel Aufmerksamkeit erhalten wie das EU-Gesetz über künstliche Intelligenz (KI-Gesetz). Als es im April 2021 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde, hatte es den Anspruch, das erste Gesetz seiner Art weltweit zu sein, aber die Mühlen in Brüssel mahlen langsam, und so wird die finale Abstimmung im Europäischen Parlament den dreijährigen Jahrestag der Veröffentlichung markieren. Diese Abstimmung ist jedoch nur noch Formsache, haben sich die Gesetzgeber auf europäischer Ebene doch bereits im Februar 2024 auf einen Text geeinigt.

Was erwartet uns also, wenn das Gesetz – voraussichtlich im Herbst 2024 – in Kraft tritt? KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft werden (erhebliches Schadenspotenzial für Gesundheit, Sicherheit, Grundrechte, Umwelt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), werden Prüfungs-, Transparenz- und Auskunftspflichten auferlegt. Außerdem wird es das Recht, Beschwerden gegen KI-Systeme einzureichen und eine Erklärung für deren Entscheidungen zu verlangen, geben.

Besonders umstritten war die Regelung von KI für allgemeine Anwendungen (GPAI) und deren grundlegende Modelle. Diese unterliegen nun unter anderem Verpflichtungen zur Erstellung

einer technischen Dokumentation sowie einer detaillierten Zusammenfassung über die für die Ausbildung verwendeten Inhalte. Diese Andersbehandlung von GPAI führt dazu, dass der ursprünglich auf der Idee einer „Risikopyramide“ aufgebaute Rechtsakt nun einen zweigleisigen, mehrstufigen Regulierungsansatz geschaffen hat. KI-Systeme mit unzumutbarem Risiko – wie etwa Social Scoring oder biometrische Kategorisierungssysteme, die sensible Merkmale verwenden (z.B. politische, religiöse, philosophische Überzeugungen etc.) – werden generell verboten.

Letztlich leidet das KI-Gesetz jedoch darunter, dass es viele Dinge nur halbherzig

angeht und trotzdem weit über die ursprünglichen Intentionen der Kommission hinausgeht. Es ist somit wohl kaum geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich der künstlichen Intelligenz nachhaltig zu stärken, aber es verhindert wenigstens eine Fragmentierung des Binnenmarkts mit einem „Fleckerlteppich“ nationaler KI-Gesetze. Die Gesetzgebung zur künstlichen Intelligenz nimmt damit aber erst ihren Anfang: Bereits jetzt gibt es Ambitionen zu weiteren, spezialisierteren Rechtsakten, und auch das KI-Gesetz selbst beinhaltet die Grundlage für knapp 30 Sekundärrechtsakte und Leitfäden. Es heißt für betroffene Unternehmen also weiterhin, ein Auge auf Brüssel und bevorstehende Regelungen zu haben.

Aktuelles in Kürze

„Fonds Zukunft Österreich“: Schwerpunktsetzung für 2024 festgelegt

Die Weichen für den Fonds sind für 2024 gestellt – es können wieder 140 Mio. Euro Fördergelder in Spitzenforschung fließen. 2025 läuft der Fonds allerdings aus.

Nach erfolgreicher Bestellung des FORWIT-Rats für Forschung und Wissenschaft in Österreich können auch 2024 über den „Fonds Zukunft Österreich“ wieder 140 Mio. Euro in grundlagen- sowie anwendungsorientierte Spitzenforschung fließen. Mitte Februar haben die FTI-Ministerien (Wirtschafts-, Bildungs- und Klimaschutzministerium) die Schwerpunkte für 2024 fixiert. Unter anderem

sind Förderungen für die Beteiligung an FTI-Partnerschaften, Digital Europe und Missionen, anwendungsorientierte Grundlagenforschung (CDG), exzellente Grundlagenforschung, klinische Forschung, die Verwertung von Quantentechnologien, die Stärkung von Risikokapital, MINT-Regionen, Nachwuchsförderungen sowie Forschungs- und Technologieinfrastruktur vorgesehen.

Bis Anfang Mai können die Begünstigten des Fonds – Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) – nun Vorschläge für konkrete Maßnahmen einbringen. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant. Wichtig ist, dass danach die

Ausschreibungen rasch auf den Weg gebracht werden.

2025 läuft der Fonds, ein wichtiger Finanzierungsbaustein zum FTI-Pakt, aber aus und muss für die Zeit danach dringend gesichert werden. Die IV setzt sich massiv für eine rasche Novellierung der gesetzlichen Grundlage (FTE-Nationalstiftungsgesetz, FTEG) und eine Aufstockung auf mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr ein.

JI-Kärnten diskutiert über Zukunftsthemen

Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten haben mit Landeshauptmann Peter Kaiser im Rahmen eines Kamingesprächs diskutiert, wie die Politik den Industriestandort stärken will.

Seit mehr als zehn Jahren leitet Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) die politischen Geschicke des Landes Kärnten, 2023 wurde er zum zweiten Mal wiedergewählt. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner ÖVP arbeitet er nun bis 2028 das Regierungsprogramm „Zukunft Kärnten“ ab. Grund genug für die Junge Industrie unter dem Vorsitz von Edgar Jermendy, den Landeshauptmann zum Gespräch zu bitten, um ebendiese Kärntner Zukunft aus dem Blickwinkel der Jungen Industrie genauer zu beleuchten.

Schrumpfende Bevölkerung und steigende Schulden

In seinem Eingangsstatement spannte Kaiser den Bogen von der seit Jahren ungünstigen demografischen Entwicklung des südlichsten Bundeslands über die Bedeutung von Elementarpädagogik und Kinderbetreuung bis hin zum drohenden Damoklesschwert der Kärntner Schuldenlast; aber auch die attraktiven hochschulischen Angebote in Kärnten und deren weitere Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Inbetriebnahme der Koralmbahn Ende 2025 als Jahrhundertprojekt für den Süden Österreichs wurden von ihm thematisiert.

Partner der Steiermark an der Koralmstrecke

Durch die Koralmbahn entstehe ab 2025 ein neuer Zentralraum im Süden, der zweitgrößte Österreichs und siebtgrößte im deutschsprachigen Raum, betont Kaiser. Daneben habe Kärnten gute grenzüberschreitende Anknüpfungen, beispielsweise durch die Alpe-Adria-Allianz bzw. die Euregio. Kaiser sieht die Zukunft für Kärnten chancenreich. Eine gewisse Skepsis herrschte in der Diskussion dahin gehend, ob der Kärntner Zentralraum in Bezug auf Arbeitsplätze, Wirtschaft und das Angebot im Hochschulbereich mit dem Großraum Graz konkurrieren wird können. Kaiser argumentierte, dass Kärnten auch abseits von schöner Landschaft und

attraktiven Lebensbedingungen mit leistbarem Wohnen viel zu bieten habe. Die Kärntner Kinderbildung und -betreuung sei gut ausgebaut, eine deutliche Verbesserung des Mikro-öffentlichen-Verkehrs zu und von der Koralmstrecke sei in Erarbeitung. Am künftigen FH-Campus auf dem Klagenfurter Krankenhausgelände der Kabeg sollen Tausende Studierende eine Medizinausbildung bekommen, u. a. in Kooperation mit der Meduni Graz. Es gehe nicht darum, dass eines der beiden Bundesländer besser als das andere sei oder werde, sondern darum, gemeinsam den neu entstehenden Zentralraum zu stärken und attraktiv für Menschen von außerhalb zu machen.

Überspanntes Budget, starke Wirtschaftsleistung

Außerdem Gegenstand der Diskussion war die Zukunft des Kärntner Landeshaushalts – die Pro-Kopf-Verschuldung ist hier besonders hoch. Kaiser kalmierte, dass ein Schuldenstand unter vier Milliarden Euro weiterhin realistisch sei und strukturelle mittelfristige Sparmaßnahmen im Raum stünden. Er sprach sich jedoch klar dagegen aus, die regionale Wirtschaftsleistung einem rigiden Sparkurs zu opfern. Er sei sich der besonders großen Bedeutung der Kärntner Industrie für die Bruttowertschöpfung und Beschäftigung im Land bewusst – und werde für Maßnahmen eintreten, um die Wirtschaftsleistung zu halten bzw. zu verbessern.



Die Junge Industrie diskutierte mit Landeshauptmann Kaiser die Zukunft des Standorts Kärnten – rechts im Bild JI-Kärnten-Vorsitzender Edgar Jermendy, links von ihm Landeshauptmann Peter Kaiser.



WENIGER IST MEHR

Lieferketten, Bürokratisierung und der Handel.

In Österreich wird jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Somit hängt unser Wohlstand davon ab, dass wir im internationalen Wettbewerb reüssieren. Ein paar Erfolgsfaktoren haben wir selbst in der Hand, wichtige Rahmenbedingungen gibt uns aber die Politik vor. Anstatt Unternehmen das Leben leichter zu machen, erlegt uns die Politik laufend neue komplizierte und enorm aufwendige Regularien auf, und das zusätzlich zu den ohnehin schon hohen Lohnkosten sowie der großen Steuer- und Abgabenbelastung. Das kostet die heimischen Unternehmen enorm viele Ressourcen – und damit nach und nach auch deren Wettbewerbsposition.

Mit dem EU-Lieferkettengesetz in der jetzigen Fassung erleben wir das jüngste Bürokratiemonster. Hier wird Unternehmerinnen in Österreich eine unerfüllbare Informations- und Prüflast aufgezwungen. Außerdem: Die Einhaltung der Menschenrechte ist und bleibt Aufgabe der Politik! Mit dem Lieferkettengesetz wird diese Verantwortung auf Unternehmen überwältigt, von der realitätsfernen Umsetzung ganz zu schweigen. Dagegen werden auch wir Jungen uns entschieden zur Wehr setzen.

Dass das Lieferkettengesetz aus Brüssel kommt, bedeutet aber nicht, dass sich heimische Politiker auf die Schulter klopfen sollten – allein in Österreich gibt es in puncto Bürokratie enormen Aufräumbedarf, es reicht ein Blick in die Gewerbeordnung, um das zu merken.

Wir brauchen also eine Trendumkehr beim Thema Bürokratie. Hier gilt das Motto: Weniger ist definitiv mehr!

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Bundesvorstand trifft sich am Grundlsee

Anfang Februar kam der JI-Bundesvorstand für die jährliche Klausur in der Steiermark zusammen.

Auch dieses Jahr versammelten sich die Funktionäre der JI im Rahmen der Bundesvorstandsklausur, um gemeinsame Ziele und Themen für das kommende Jahr auszuarbeiten. Schnell einigte man sich, dass der Mehrwert für die Mitglieder zukünftig stärker im Fokus stehen soll. Zudem möchte man sich als moderne, serviceorientierte Organisation positionieren – nicht zuletzt, um den aktuellen Mitgliederrekorden gerecht zu werden.

In mehreren Working Sessions wurden im Rahmen der Klausur also innerorganisatorische Fragen geklärt sowie

künftige Themenschwerpunkte festgelegt. Neben den Bereichen Bildung, MINT, Generationengerechtigkeit und Klima diskutierte man unter anderem über gemeinsame Veranstaltungskonzepte. Besonders im Fokus stand dabei die bundeslandübergreifende Zusammenarbeit und Kommunikation.

Trotz des straffen Zeitplans fand sich Zeit für Teambuilding am malerischen Grundlsee, um den Austausch von Ideen zu vertiefen und die Zusammenarbeit zu stärken. 2024 wird für die Junge Industrie jedenfalls ein spannendes Jahr, auf das wir uns sehr freuen!



Wie bereits die Diskussion über Vermögensteuern dem Standort massiv schadet

Im Rahmen einer „Industrie im Dialog“-Veranstaltung diskutierten IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer, Vizepräsidentin Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn und KPMG-Steuerexperte Friedrich Fraberger über „fette Katzen“ und die damit verbundene Dauerforderung nach Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern.



Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn.

Alle Jahre wieder werden unter dem Namen „Fat Cat Day“ zahlreiche österreichische Spitzenmanagerinnen und -manager öffentlich an den Pranger gestellt und Neiddebatten geschürt – in einem Land wie Österreich, das bei der Umverteilung weltweit führend ist. Welche Auswirkungen zusätzliche Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuern für ein Exportland wie Oberösterreich hätten und wie der Staat seine immensen Steuereinnahmen möglichst treffsicher und wirkungsorientiert einsetzen sollte, wurde in einem „Industrie im Dialog“ mit

dem Titel „Warum Österreich mehr fette Katzen benötigt“ diskutiert.

„Das Vertrauen kommt zu Fuß und reitet mit dem Pferd davon! Bereits die Debatte über neue Steuern schadet dem Industriestandort“, gab Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der IV-OÖ, einleitend zu bedenken. „Das Bashing von Investoren und Unternehmern ist in so herausfordernden wirtschaftlichen Zeiten das absolut falsche Signal.“

Auslaufmodell in Europa

Franz Schellhorn betonte, dass es eine Vermögensteuer nur mehr in elf von 38 OECD-Ländern gibt und diese Steuern durchschnittlich nur mehr 0,2 Prozent des BIP an Einnahmen erzielen. In Österreich wurde die Vermögensteuer aus gutem Grund 1993 abgeschafft. Von Vermögensteuern wären in Österreich vorrangig Immobilienbesitzer und Unternehmen betroffen; sie haben keinen Umverteilungseffekt und schaden aufgrund des Kapitalabflusses nur dem Standort. Österreich hat zwar bei Wahlen regelmäßig eine bürgerliche Mehrheit, bei wirtschaftspolitischen Themen ist das Land aber stark sozialistisch geprägt, von Neiddebatten getrieben und stets damit befasst, noch mehr umzuverteilen. Und das, obwohl alle Daten eine andere Sprache sprechen – Österreichs Wohlstand ist breit verteilt.

„Unternehmertum schafft Wohlstand – ein Aspekt, von dem in Österreich trotz großer historischer Ökonomen wie Menger, von Mises und von Hayek nichts mehr übrig geblieben scheint“, so Stefan Pierer, Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich. Auch die fehlende unternehmerische Tradition ließ Bürokratie und Verstaatlichung in Österreich besonders ausgeprägt gedeihen.

Stattdessen bräuchte Österreich mehr Haushaltsdisziplin, eine steuerliche Entlastung der Arbeit und Anreize für Mehrleistung und längeres Arbeiten. Gerade weil Österreich ein Land der Mieter sei, müsse die Vermögensbildung durch eine geringere Besteuerung von Arbeit besser ermöglicht werden. Über eine steuerliche Entlastung des Mittelstands traue sich die Politik jedoch bisher nicht drüber. Auch eine glaubwürdige Strategie, um das Vertrauen von Investoren langfristig zu gewinnen – nach dem Vorbild von beispielsweise Irland –, sei notwendig. KPMG-Steuerexperte Friedrich Fraberger betonte, dass allein durch die Diskussion über Vermögensteuern eine Inbound-Diskussion (Kapitalzufluss nach Österreich) nicht mehr existiert, während die Outbound-Diskussion (Kapitalabfluss aus Österreich) laufe. Die Doppelschere sei längst offen.

Fronius-Chefin Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß betonte, dass Familienunternehmen durch Vermögensteuern gezwungen werden, Teile des Betriebs zu verkaufen sowie nicht mehr am Standort zu investieren; Arbeitsplätze gingen verloren. Österreich bräuchte statt Neiddebatten und Vollkaskostaat wieder mehr Wachstum, Freiheit und Leistungsanreize.

Im Koalitionspakt zwischen ÖVP und Grünen sind Substanzsteuern nicht vorgesehen. 2007, als zuletzt eine Erbschaftssteuer erhoben wurde, brachte diese lediglich 140 Millionen Euro ein. Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögensteuern sind Spielbälle der Politik, welche vor Wahlen immer wieder aufgespielt werden.



Stefan Pierer, Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Friedrich Fraberger, Joachim Haindl-Grutsch.

Konjunktur bleibt auf Talfahrt

Die jüngste Konjunkturumfrage der IV-OÖ zeigte keinen Stimmungsaufschwung in Oberösterreichs Industrie: Alle Konjunkturindikatoren verbleiben im negativen Bereich, hoher Kostendruck am Standort Österreich führt zu fortgesetztem Mitarbeiterabbau. Der Standort ist nicht mehr wettbewerbsfähig – ein Reparaturpaket ist dringend erforderlich.

Die Rezession in Oberösterreichs Industrie bleibt hartnäckig, wie aus den Ergebnissen der Konjunkturumfrage der IV-OÖ über das vierte Quartal 2023 (79 teilnehmende Firmen mit insgesamt rund 103.000 Mitarbeitern) deutlich hervorgeht. Der Pessimismus über die Einschätzung der aktuellen Lage wie auch für die kommenden Monate nimmt sogar weiter zu. Das Konjunkturbarometer, welches sich als Mittelwert aus aktueller Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten errechnet, liegt aktuell bei -30 Punkten (nach -25 Punkten im Vorquartal) und verbleibt damit tief im negativen Terrain. „Die Stimmungslage in Oberösterreichs Industrie ist aufgrund der globalen Entwicklungen und der explodierenden Kosten in Österreich am Tiefpunkt“, erklärt der Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Oberösterreich, Joachim Haindl-Grutsch. „Es ist noch kein Licht am Ende des Tunnels abzusehen. Die Mischung aus schwacher internationaler Nachfrage und überdurchschnittlichen Kostensteigerungen am Standort Österreich wirkt sich für das Industrieland Oberösterreich besonders negativ aus. Mit einer Zinssenkung Mitte des Jahres könnte sich die konjunkturelle Stimmung etwas verbessern – die strukturellen Probleme in Österreich lösen sich deswegen aber nicht in Luft auf.“

Alle Werte im negativen Bereich

In der Detailbetrachtung ergibt sich folgendes Bild aus der Konjunkturumfrage: Erstmals befinden sich alle Indikatoren im negativen Bereich – auch jene zur Einschätzung der aktuellen Situation, die im Vorquartal noch positive Werte aufwiesen. Die aktuelle Geschäftslage fällt das zehnte Quartal in Folge auf nunmehr -7 Punkte, von zuvor +12 Punkten im dritten Quartal. Die Werte zum aktuellen Auftragsbestand sowie zu den Auslandsaufträgen fallen von +6 auf -19 Punkte bzw. von +3 auf -13 Punkte.

Ausgeprägt bleibt der Pessimismus bei den in die Zukunft gerichteten Indikatoren: Die Einschätzung der Geschäftslage in sechs Monaten steigt zwar ein wenig, von -62 auf -52 Punkte, verbleibt aber tief im negativen Bereich. Dafür setzt sich der Abwärtstrend bei der Produktionstätigkeit in drei Monaten (von -43 auf -60 Punkte) und der Auslastung der Produktionskapazitäten in drei Monaten (von -51 auf -61 Punkte) fort.

Personalabbau in vollem Gange

„Infolge der enormen Personalkostensteigerungen müssen die Betriebe verstärkt rationalisieren und damit Mitarbeiter freisetzen bzw. werden Stellen nicht nachbesetzt“, so Haindl-Grutsch. Die Einschätzung für den Beschäftigtenstand in drei Monaten fällt von bereits sehr tiefem Niveau weiter, von -47 auf nunmehr -62 Punkte. Haben im dritten

Quartal bereits 48 Prozent der Unternehmen einen Rückgang der Beschäftigten gemeldet, steigt der Wert im vierten Quartal bereits auf 65 Prozent aller befragten Betriebe. „Zwei Drittel der Betriebe planen eine Reduktion der Mitarbeiterzahl. Der schleichende Personalabbau ist in vollem Gange, die Deindustrialisierung läuft“, so Haindl-Grutsch.

„Die Stimmungslage in der oberösterreichischen Industrie ist aufgrund der globalen Entwicklungen und der explodierenden Kosten in Österreich am Tiefpunkt.“

Dr. Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Die Erwartungen der Verkaufspreise in drei Monaten steigen leicht, von -28 auf -17 Punkte, die Ertragsituation in sechs Monaten fällt jedoch weiter um 11 Punkte und liegt jetzt bei einem Saldo von -54. Inflationsbedingte Kostensteigerungen können nicht mehr an Kunden weitergegeben werden.

Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen

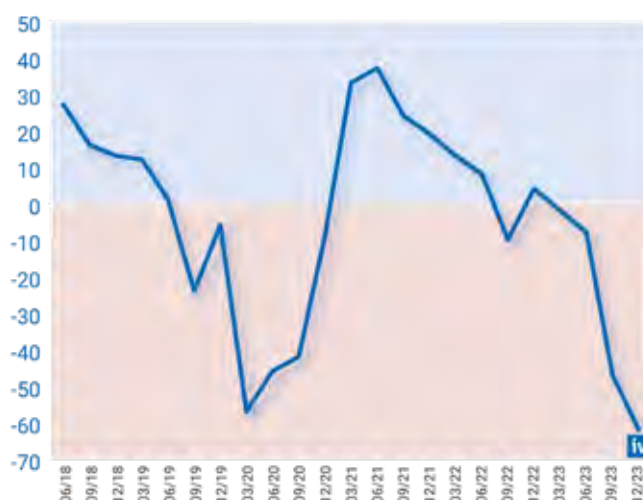
„Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich hat drei unmittelbare Konsequenzen: Leitbetriebe verlagern Wertschöpfung und Investitionen ins Ausland, KMUs stehen mit dem Rücken zur Wand und die Automatisierung zur Kostensenkung im Inland wird verstärkt“, betont Haindl-Grutsch.

Die hohe Inflation ist Gift für das Exportland Oberösterreich. Was es jetzt dringend braucht, ist professionelle Standortpolitik. „Österreich kann sich ein Jahr politischen Stillstands in der aktuellen Situation des Standorts nicht leisten. Die IV-OÖ hat ein Zehn-Punkte-Reparaturpaket für den Standort Österreich vorgelegt, welches rasch in Umsetzung gebracht werden muss“, betont Haindl-Grutsch abschließend.

KONJUNKTURBAROMETER



BESCHÄFTIGUNGSSTAND IN 3 MONATEN



JEDER HAT EINE FLUCHTBURG

Der Industriestandort Österreich hat aufgrund der überdurchschnittlich hohen Inflation ein erhebliches Kostenproblem. Und wäre das nicht schon bedrohlich genug, wird von einer politischen Partei auch noch zusätzlich mit einem „Fat Cat Day“ und „Eat the rich!“-Debatten Öl ins Feuer gegossen, Neid geschürt und Unternehmer-Bashing betrieben. Allein die Diskussion über mögliche Vermögen- und Erbschaftssteuern schadet bereits dem Standort, der Kapitalabfluss aus Österreich ist bereits im Gange.

80 Prozent der Steuereinnahmen kommen aus Umsatz-, Lohn- und Körperschaftsteuern und gehen so auf die unternehmerische Tätigkeit zurück. Zusätzliche Vermögensteuern hätten somit für Unternehmen, die Mitarbeiter und den Finanzminister enorm negative Konsequenzen. Gerade Familienunternehmen sind mit dem Standort besonders eng verbunden: Unser Headquarter geben wir als Letztes auf – aber jeder Unternehmer hat im Falle des Falles auch eine „Fluchtburg“.

Der Traum vom leistungslosen Wohlstand ist endgültig vorbei, ein Umdenken wird durch Rezession und zunehmende Standortprobleme aber kommen. Was es jetzt braucht, ist die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken, damit der Standort Österreich wieder attraktiv wird. Die überbordende Bürokratisierung in Österreich und Europa sorgt immer mehr dafür, dass Wertschöpfung und auch Kapital ins Ausland abfließen. Anstelle immer neuer Förderungen, die mit dem Feuerwehrschauch verteilt werden, sind eine Schuldenbremse, die Senkung der Steuern- und Abgabenquote und eine Pensionsreform dringend notwendig.

Trotz dieser Herausforderungen ist es notwendig zu betonen, dass der Kampf um die Zukunft des Standorts von uns keineswegs aufgegeben wird. Die Industriellenvereinigung Oberösterreich wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, mit einem Reparaturpaket Österreich wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich



Daten sprechen lassen – mit einer MINT-Ausbildung

Die IV-OÖ setzt sich weiterhin intensiv für die Förderung von MINT-Ausbildungen ein, weil die Karriereaussichten weiter außergewöhnlich attraktiv sind und der Mangel an Technikerinnen und Technikern heute und morgen hoch bleibt – von der Lehre über die HTLs bis zu den technischen Hochschulausbildungen. Die digitale und die grüne Transformation erhöhen den Bedarf an MINT-Absolventen zusätzlich. Oberösterreich ist mit attraktiven technischen Ausbildungseinrichtungen flächendeckend gut aufgestellt. Ziel ist es, junge Menschen für technische und naturwissenschaftliche Schwerpunkte zu begeistern. Aus diesem Grund wird mit neuen Testimonials aus der oberösterreichischen Industrie die MINT-Kampagne auch 2024 weitergeführt.

DU WILLST IDEEN AUF DIE STRASSE BRINGEN?

GET CREATIVE – MIT DEINER MINT-AUSBILDUNG!

Mathematik
Informatik
Naturwissenschaften
Technik

Lerne Johannes Lind bei uns als CAD-Konstrukteur kennen.
MINT-ist-Zukunft.at

DU WILLST FÜR FRISCHEN WIND SORGEN?

SET YOUR SAILS – MIT DEINER MINT-AUSBILDUNG!

Mathematik
Informatik
Naturwissenschaften
Technik

Lerne Patrick Lind bei uns als Systemingenieur kennen.
MINT-ist-Zukunft.at

DU WILLST NACH DEN STERNEN GREIFEN?

SPREAD YOUR WINGS – MIT DEINER MINT-AUSBILDUNG!

Mathematik
Informatik
Naturwissenschaften
Technik

Lerne Sylvia Lind bei uns als Datenanalystin kennen.
MINT-ist-Zukunft.at

DU WILLST DATEN SPRECHEN LASSEN?

SHAPE THE FUTURE – MIT DEINER MINT-AUSBILDUNG!

Mathematik
Informatik
Naturwissenschaften
Technik

Lerne Malin Lind bei uns als Researcher kennen.
MINT-ist-Zukunft.at